-Aktion im Bundeshaus

Die Lex USA beschäftigt die Politik in Bern so intensiv wie die Bankenlobby.

konferenz formuliert wurde. Dann folgen postwendend drei unerfüllbare Bedingungen. Im Einzelnen verlangen die Kantonalbanken:

▶ Zumindest dem Parlament sollen Eckwerte des Regularisierungsprogramms bekannt sein.

▶ Bussen in der Grössenordnung von 40 Prozent – solche Zahlen stehen seit Tagen im Raum – seien «inakzeptabel».

▶ Die Busse für eine Bank, die keine aggressive US-Geschäftspolitik verfolge, dürfe nicht höher ausfallen als für Institute, «die im USA-Geschäft operiert hätten». Explizit erwähnt werden UBS und Bank Wegelin.

Dazu erklärt ein involvierter Finanzpolitiker: **«Bleiben die Kantonalbanken bei dieser Position, bedeutet das, dass sie die Lex USA ablehnen!»**

Zur Verwirrung tragen auch Vertreter der Waadtländer Kantonalbank (BCV) bei. Wie SonntagsBlick-Recherchen zeigen, äusserten sich deren Vertreter in Gesprächen mit Politikern in der Wandelhalle skeptisch zu dem Deal.

Mehrere Politiker verstanden die BCV-Aussagen gar **als Aufforderung, die Vorlage abzulehnen.** Auf Anfrage des SonntagsBlicks heisst es nun aber: «Die BCV hat sich nicht gegen dieses Abkommen ausgesprochen. Es erscheint ihr aber logisch, dass das Parlament die Umrisse des Deals kennen möchte, bevor es eine Entscheidung fällt.»

Die Frage, ob die BCV nun für den Bankendeal sei, blieb unbeantwortet.

Morgen werden BCV-Vertreter der ständerätlichen WAK Red und Antwort stehen können. Zu dieser Anhörung werden neben Nationalbank und Finma mehrere Banken erwartet, **darunter auch drei Kantonalbanken**. Dem Vernehmen nach handelt es sich um ZKB, BCV sowie St. Galler Kantonalbank. ●

Fotos: Frederic Rüegg / Keystone, Sabine Wunderlin / RDB, Getty Images

FDP könnte den Deal zum Platzen bringen

Diese politische Allianz ist selten: SVP, SP und FDP spannen zusammen, um den US-Bankendeal zu Fall zu bringen. Ohne Freisinn **wäre es für die beiden Polparteien schwierig, den Deal zu stoppen –** wegen Abweichlern in den eigenen Reihen.

Umso mehr sorgt der FDP-Part bei den Mitteparteien für Verwunderung: **«Die FDP spielt eine seltsame Rolle», sagt CVP-Ständerat Pirmin Bischof (SO) zu SonntagsBlick.** Für ihn ist nämlich klar: «Sagt die FDP geschlossen Nein, dann wird das Gesetz abgelehnt.»

Geschlossen ist die FDP derzeit. Die vorläufige Haltung, gar nicht auf das Gesetz einzutreten, segnete die Fraktion letzten Dienstag mit 26 zu 5 Stimmen deutlich ab. Seither hat sich die Position eher noch verfestigt.

«Juristisch ist alles klar. Der Bundesrat und die Banken können und sollen das Problem selber lösen», sagt FDP-Nationalrat Ruedi Noser (ZH) – obwohl «seine» Kantonalbank für den Deal kämpft. Auch Nationalrat Andrea Caroni (AR) sagt klar: «Es müssten schon dramatische neue Informationen sein, damit ich meine Haltung ändere. Etwa, dass ohne Deal der Schweizer Finanzplatz untergeht.»

Ständerätin Karin Keller-Sutter (SG) hat in der Wirtschaftkommission gleich selbst einen Nichteintretens-Antrag gestellt. «Selbst wenn wir das Programm im Detail kennen würden, wird es einseitig von einer US-Justizbehörde angewendet. Einen Einfluss des Parlamentes gibt es nicht», kritisiert sie.

Sollte der Nichteintretens-Antrag scheitern, **wisse sie noch nicht, wie sie stimmen werde,** sagt Keller-Sutter. Ihre Aussagen lassen eher auf ein Nein schliessen: «Das Parlament soll ein Gesetz gutheissen, das jene schützt, die ein Fehlverhalten an den Tag gelegt haben. Gleichzeitig liefern wir die Berufsgruppen der Treuhänder und Anwälte sozusagen an die Amerikaner aus.»

Hier setzt CVP-Mann Bischof mit einem Antrag an, der den Datenschutz gewährleisten soll. «Bevor Daten von Mitarbeitern, Treuhändern oder Anwälten geliefert werden, muss den Betroffenen ein Widerspruchsrecht eingeräumt werden **– sodass ein Schweizer Richter überpüfen muss, ob eine Datenlieferung gerechtfertigt ist.»** Der Bundesrat will das Anliegen offenbar aufnehmen – und so den Zweiflern den Weg zum Ja ebnen.

Das dürfte zumindest die CVP-Fraktion auf Ja-Kurs bringen, die am Dienstag entscheidet. Und vielleicht auch Skeptiker aus anderen Parteien. Bischof gibt die Vorlage jedenfalls noch nicht verloren: «Die Erfahrungen der letzten Jahre zeigen: Kehrtwenden in letzter Minute kommen immer wieder vor.» ●

RUEDI STUDER, MARCEL ODERMATT

Ist sich noch nicht sicher, wie sie stimmen wird: Karin Keller-Sutter.

«Ein Nein schützt US-Kriminelle»

Sie wissen, was die Amerikaner wollen: Rechtsprofessor John Coffee (l.), Steueranwalt William Sharp.

Parlamentarier stimmen darüber ab, ob Schweizer Banken direkt Daten an die USA liefern dürfen, allerdings keine Kundennamen. Anhand dieser Informationen legen die US-Behörden die Strafen fest. Unbekannt ist der Rahmen, in dem die Amerikaner mit den Schweizer Banken Bussen aushandeln. «Verständlich», sagt Coffee. **«Es wäre rechtsstaatlich doch problematisch, müssten Schweizer Politiker über die Höhe von US-Bussen befinden.»**

Die Blaupause sei der Deal, den die UBS 2009 mit den USA schloss. Die Bank verwaltete damals rund 20 Milliarden Dollar von Amerikanern, rund 17 Milliarden waren unversteuert. Dafür bezahlte die UBS 780 Millionen Dollar: 380 Millionen für illegal erworbene Gewinne sowie 400 Millionen für den USA entgangene Steuern. **«Wer mit den USA zuerst einen Deal schliesst, kommt am besten weg»,** so Coffee. Er glaubt: «Andere Banken müssen höhere Bussen zahlen als die UBS.»

Gleichwohl seien die in der Schweizer Presse kolportierten 10 bis 20 Milliarden Franken Busse für alle Schweizer Banken «wohl zu hoch», sagt US-Steueranwalt William Sharp. Er vertritt säumige US-Steuerbetrüger und arbeitet eng mit der IRS zusammen. Sharp: **«Die IRS rechnet mit total 2,5 Milliarden Franken an Bussen von Schweizer Banken.»** ● PETER HOSSLI